

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Erhebung personenbezogener Daten	
Verantwortliche/r	Stadt Walsrode Lange Str. 22 29664 Walsrode Telefon: 05161 977-0 E-Mail: stadt@walsrode.de vertreten durch Bürgermeisterin Helma Spöring
Datenschutzbeauftragte/r	Jürgen Isernhagen c/o Stadt Walsrode Datenschutzbeauftragter Lange Str. 22 29664 Walsrode E-Mail: datenschutz@walsrode.de
Zweck/e der Datenerhebung	- Arbeitsmedizinische Untersuchungen, Belehrungen - Brandschutz- und Erste-Hilfe-Schulungen - Gefährdungsbeurteilungen - Unfallanzeigen - Gesundheitsmanagement - Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)
Wesentliche Rechtsgrundlage/n	- Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG), - Infektionsschutzgesetz (IfSG), - Mutterschutzgesetz (MuSchG), - für BEM - § 167 Abs. 2 SGB IX, Art. 6 Abs. 1 Satz 1 DSGVO i.V.m. § 67 SGB X - §§ 2, 27 NBrandSchG
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten	Arbeitsschutzausschuss, Bürgermeisterin, ggf. Personalrat, ggf. Vorgesetzte*r, Betriebsarzt (BAD), Gewerbeaufsichtsamt, Gemeinde-Unfallversicherungsverband Hannover, Veranstalter von Seminaren und Schulungen, ggf. Integrationsfachdienst, ggf. Rentenversicherung
Hinweis zur Datenerhebung bei Dritten (Artikel 14 DS-GVO)	Im Rahmen der Bearbeitung ist z. B. im Rahmen der Sachverhaltsaufklärung nicht auszuschließen, dass mir von am Verfahren beteiligten Stellen zusätzliche oder abweichende personenbezogene Daten über die betroffene Person zur Verfügung gestellt werden. Hierüber wird die Person im Rahmen des Verfahrens rechtzeitig informiert.
Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen	- für BEM: in die Personalakte aufzunehmende Daten 5 Jahre nach Abschluss der Personalakte (§ 94 NBG, § 12 NDSG); separate BEM-Akte drei Jahre nach Abschluss des BEM-Verfahrens - Brandschutz 30 Jahre und in Sicherheitsfragen 10 Jahre - Ärztliche Unterlagen zur arbeitsmedizinischen Vorsorge nach ArbMedVV 40 Jahre - Unfallanzeigen, Verbandblockeintragen für 5 Jahre
Rechte der betroffenen Person (Artikel 15 - 21 DS-GVO)	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen Soweit die betroffene Person Widerspruch einlegt, werden personenbezogene Daten dann nicht mehr verarbeitet, es sei denn es liegen zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, welche den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der Kommune

Zuständige Aufsichtsbehörde	Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen Prinzenstraße 5 30159 Hannover Telefon: 0511 120-4500 Telefax: 0511 120-4599 Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de Internet: www.lfd.niedersachsen.de
------------------------------------	--